

Die Spaltung der EU wird vertieft

Europa: „Der Sieger heißt Macron“, FR-Politik vom 6. Juli

Der europäische Gedanke scheitert am EU-Rat

Das Wahlgeschehen und das Geschachere um den Vorsitz der neuen EU-Kommission entfremdet mich von der EU! So habe ich mir Europa nicht vorgestellt! Wozu haben wir gewählt, wenn 28 Rundschädel dann machen, was Gutsherrenart ist? Was unterscheidet die EU-Wahl von der Wahl zum Hongkong-„Parlament“? Wohl gar nichts! Die lokalen Länderregierungen im Ministerrat haben nichts gelernt! Am Verhalten dieses Ministerrats scheitert der europäische Gedanke. So habe ich mir Europa nicht vorgestellt, eine Scheindemokratie will ich nicht! Wenn es so weitergeht, werde ich nicht wieder an einer „Wahl“ zum Europa-„Parlament“ teilnehmen! In Zukunft sollten zur Europawahl nur noch Wahllisten zugelassen werden, die europaweit aufgestellt werden. Wer das nicht will (z.B. Herr Orbán), dem muss man in Zukunft zeigen, wo die Tür nach draußen ist!

Ich will die Entmachtung des Ministerrats. Dieses Gremium zerstört den europäischen Einigungsgedanken. Europa kann nur weiter bestehen und sich entwickeln, wenn das politische Wollen vom EU-Parlament und von der EU-Kommission ausgeht und der Ministerrat nur noch mit einfacher Mehrheit zustimmungspflichtig ist. Von falschem „Verständnis“ von Europa zeugt auch das Verhalten von CDU/CSU, bei dem von SPD und den anderen deutschen Parteien wie selbstverständlich Wohlverhalten bei der Wahl des Kommissionspräsidenten eingefordert wird. CDU/CSU können nur national und nicht europäisch!

Jedem rate ich, einmal zu versuchen herauszufinden, wer einen in Brüssel/Straßburg vertritt – eine kaum lösbare Aufgabe, denn weder der Abgeordnete

kennt seinen Wahlbezirk, noch hat der Wähler den Abgeordneten je zu Gesicht bekommen! Dabei stellt sich die Frage, wie gerecht das Klassenwahlrecht Europas heute ist. Für einen deutschen Wahlkreis sind weit aus mehr Stimmen erforderlich als für einen Wahlkreis beispielsweise auf Malta. Eine Wahlrechtsreform in der EU halte ich für dringend erforderlich!

Carsten Dietrich Brink, Gauting

Die EU muss Nobelpreis zurückgeben

Frau von der Leyen steht für die EU-Militarisierung, die EU Aufrüstung, den EU-Militärpakt und den EU-„Verteidigungsfonds“. Sie sagte am 13.11.2017 in der Tageschau: „Jetzt ist der erste Schritt die Gründung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion. Und über die Mittelfrist erst die ‚Armee der Europäer‘.“

Die Armee der Europäer meint sie natürlich nicht, da das europäische Land, in dem die meisten Menschen leben, Russland ist. Am 18.6.2015 betonte sie, die Nato reagiere mit Manövern und ihrer Speerspitze „auf russische Bedrohungen“. Sie macht mit dem einseitigen Herauspicken von Handlungen Russlands die Völkerrechtsbrüche von Nato-Staaten vergessen, darunter seit Jahrzehnten die gewaltsame Besetzung Nordzyperns durch die Türkei und der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen Jugoslawien, von dem sich die Region noch lange nicht erholt hat. Der 2+4-Vertrag zur deutschen Einheit verlangt das Eintreten für eine Europäische Friedensordnung unter Berücksichtigung aller (!) Staaten dieses Kontinents. Wenn die EU, wie geplant, 6,5 Mrd. Euro alleine für die „militärische Mobilität“ ausgibt, damit sie auf entsprechenden Straßen und Gleisen Soldaten und Kriegsgerät

schnell in die Nähe der russischen Westgrenze verbringen kann, dann verletzt das die Sicherheitsinteressen Europas. Ein Waffengang in dieser Region wäre auch ohne Atomwaffen nuklear, schon angesichts der Atomkraftwerke in dieser Region. Nur De-Eskalation und Gespräche statt Sanktionen und Speerspitzen zur Abschreckung entsprechen den Sicherheitsinteressen der Menschen im alten Europa.

Mit der Wahl von Frau von der Leyen, die für Aufrüstung und Militärpakt-Politik steht, müsste die EU den Friedensnobelpreis wieder zurückgeben.

Bernhard Trautvetter, Essen

Feinde des Rechtsstaats haben sich durchgesetzt

Diese Nominierung bedroht die „Wertegemeinschaft“ EU. Sie kam zustande, weil die osteuropäischen Länder, die den Rechtsstaat aushöhlen, den Kandidaten ablehnten, der als ständiges Kommissionsmitglied zu recht die Rechtsstaatsverletzungen dieser Staaten kritisierte und Rechtsstaatsverfahren gegen sie einleitete. Das heißt, dass sich die rechtsstaatsfeindlichen Kräfte durchgesetzt haben und sich deshalb in der Aushöhlung des Rechtsstaates bestätigt fühlen müssen. Das verstärkt die Spaltung der EU und bedroht ihre Existenz. Sie hätten sich nicht durchsetzen dürfen. Es ist nun zu prüfen, wie die EU mit diesen Staaten weiter verfahren kann.

Ernst Niemeier, Wentorf

Auswirkungen der Hitzewelle

Derartige Nachrichten sind wohl direkte Auswirkungen der Hitzewelle. Dagegen sind noch nicht einmal Politiker in Brüssel gefeit.

Stefan Otto, Rodgau

Diskussion: frblog.de/europa-fertig

Ein starkes Stück von Wagenknecht

Zu: „Ich werde mich weiter einmischen“, FR-Politik vom 1. Juli

Für mich, der ich eng mit Vertretern der Linken in der Flüchtlingspolitik zusammenarbeite, sind die Aussagen von Sarah Wagenknecht zur Politik der dänischen Sozialdemokratie ein Schlag ins Gesicht. Nun ist ihre Position für eine restriktive Flüchtlingspolitik nicht unbedingt neu und auch in der Linken umstritten. Aber ausgerechnet die dänische Sozialdemokratie derart kritiklos als Vorbild zu nehmen, ist doch ein starkes Stück, welches sich nicht einmal die SPD traut.

Dänemark ist, was die Flüchtlingspolitik betrifft, inzwischen eines der inhumansten Länder Europas geworden. Gerade wird eine Insel, auf der in der Vergangenheit unter strikter Quarantäne Tierseuchenversuche stattfanden, hergerichtet, um in Zukunft als Lager für straffällige Asylbewerber zu dienen. 114 Verschärfungen des Ausländerrechts hat es in Dänemark in den vergangenen

Jahren gegeben. „Flüchtlinge sind in Dänemark unerwünscht“ schrieb die liberale (?) bisherige Ministerin für Ausländer und Integration. Die Sozialdemokraten haben dies stets hingenommen und im Wahlkampf ausdrücklich betont, diese Politik fortführen zu wollen.

Sozialpolitisch vertritt die Socialdemocratiet weiterhin sozialdemokratische Positionen – allerdings nur für Dänen. Mir kommen da Parallelen zum sogenannten „Flügel“ der AfD um Björn Höcke, der Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit mit einer verstärkten Sozialpolitik für Deutsche verbinden will. Früher hieß das Nationalsozialismus. Die übrige europäische Sozialdemokratie steht dem bislang ablehnend gegenüber, auch wenn einige wie angesichts des Wahlerfolges der dänischen Socialdemokratiet damit liebäugeln. Aber ausgerechnet Vertreter der Linken wie Sarah Wagenknecht – wo

bleibt da der Aufschrei in dieser Partei? Im Interview sagt sie gar, es wäre keine restriktive, sondern eine linke Politik. Dafür muss herhalten, dass die Socialdemokratiet sich in ihrem Programm dafür einsetzt, die Probleme vor Ort zu lösen, soll heißen: durch Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern. Die Realität sieht allerdings so aus, dass die Flüchtlingsströme ständig wachsen. Und ein Ende ist nicht absehbar, eher das Gegenteil.

In dieser Situation die Humanität zu verweigern und das als linke Politik verkaufen zu wollen, ist ein Skandal. Leider scheint auch zumindest Teilen der Linken als Reaktion auf den Zulauf zur AfD nichts anderes einzufallen, als deren Politik zu übernehmen. Selbst wenn sich das in Wählerstimmen auszahlen sollte,würde es dieses Land radikal verändern und keines der Probleme lösen, die zu den Flüchtlingsströmen führen. Jochim Maack, Hamburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Bascha Mika diskutiert mit Prof. Ulrich Raulff, dem neuen Präsidenten des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa), und Fritz Kuhn (OB Stuttgart, Grüne) „Zur Kritik der politischen Sprache“: Wie hat sich politische Rede in den vergangenen Jahren verändert?
23. Juli 2019, 18 Uhr
Rathaus Stuttgart, Marktplatz 1, Großer Saal

Lutz „Bronski“ Büge stellt seinen neuen Roman „Incubus – Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei,
19. September, 19.00 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen FR-Kolumnen beruht. Anschließend Diskussion.
24. Oktober, 18.30 Uhr
Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Naiv und realitätsfern

Kraftfahrtbundesamt: „Behörde im Zwielicht“, FR-Wirtschaft vom 2. Juli

Das Kraftfahrtbundesamt (KBA) hat in der Angelegenheit des Dieselskandals so eng mit dem Automobilhersteller Audi zusammengearbeitet hat, so dass dieser Bundesbehörde der Vorwurf der Strafvereitelung zu machen ist. Eine ähnliche rechtswidrige Zusammenarbeit hat das KBA mit der Automobilindustrie bereits im November 2018 vorgenommen. Damals erhielt ich überraschenderweise von der KBA einen Brief , in dem die Bundesbehörde mir mitteilte, dass ich als Besitzer eines PKW mit der Euronorm 4 an der Umtauschaktion teilnehmen könne. Genaue Angaben mit Hotline, Tel.-,Fax- und E-Mail-Angaben der Automobilhersteller wurden mir in diesem Schreiben zwecks Kontaktaufnahme mit BMW, Daimler und VW mitgeteilt.

Mit diesem Schreiben dokumentiert KBA, das dem Verkehrsminister unterstellt ist, eindeutig seine Zusammenarbeit mit der Automobilindustrie mit dem Ziel der Absatzsteigerung. Zweifelsohne handelt der Verkehrsminister damit rechtswidrig! Ebenso muss in finanzieller Hinsicht diese Umtauschaktion als naiv und realitätsfern angesehen werden, wie mein persönliches Beispiel zeigt. Als Besitzer eines VW-Busses mit Campingausstattung, vor dreieinhalb Jahren als Neuwagen für 40 000 Euro gekauft, bisher 175 000 km gefahren, will mich Minister Scheuer mit der Umtauschprämie von höchstens 5000 Euro locken. Sollten Sie, Herr Verkehrsminister Scheuer, immer noch von der Umtauschaktion überzeugt sein, so muss ich Ihnen jeglichen vernünftigen Menschenverstand absprechen.

Gerd Himmelreich, Glashütten

SORRY

Es gibt in Europa mehrere Sperlingsarten, von denen zwei größere Verbreitung erreichen: der Haussperling und der Feldsperling. Insofern bestand eine Fifty-fifty-Gefahr, dass wir den falschen Vogel zu unserem Artikel „Platz für den Spatz“ (5.7., S. 18/19) abbilden. Dies ist zuverlässig gelungen: Die beiden Vögel im Vordergrund des Bildes sind Feldsperlinge, keine Haussperlinge, um die es eigentlich geht. Die Tiere haben gewisse äußerliche Ähnlichkeiten, aber völlig verschiedene Lebensweisen. **Kleine Fortbildung** für Nicht-Hanseaten: Bremer sind etwas wortkarger als Hamburger. Der Regierschiff an der Weser heißt nicht „Erster Bürgermeister“ wie an der Elbe – siehe unseren Artikel „Bremen vor Rot-Grün-Rot“ vom 8.7., Seite 4 –, sondern nur Bürgermeister. Immerhin sind die ortsunkundigen Journalisten nicht der Versuchung erlegen, das kleinste Bundesland als „Freie und Hansestadt“ zu bezeichnen. Das „und“ ist eine Hamburger Spezialität und nichts für wortkarge Bremer, die ihren Stadtstaat schlicht „Freie Hansestadt“ nennen.